

Die Halle diese... (Advertisement for Halle newspaper)

Saale-Beitung.

werden die Spalten... (Advertisement details)

Zwölfteljähriger Jahrgang.

Der Blok.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Konservativen können ihre Sehnsucht nach dem Zentrum nicht mehr meistern.

Sie ist die Bismarcksche Blokidee innerlich schon so vollständig aufgegeben, daß an eine Zurückwendung kaum noch zu denken ist.

Ein Gewinn geht es ohne weiteres zu: Die Ausgestaltung des Zentrums aus seiner bisherigen ausschlaggebenden Stellung.

Katholik erklärt dann weiter, daß die bisherige Situation des Liberalismus „eine angenehme gewesen“ sei, und fährt fort:

Es besteht eine weitgehende Oppositionsmöglichkeit, ein Bewußt, endlich aus wieder einmal dabei zu sein, wenn Gelege...

Solche wichtige liberale Erfolge heißt Pottthoff wieder im Vorfeld, noch im Vereinsgefühl, noch in den Zukunftsformen;

Das muß die wichtigste Förderung des Liberalismus sein. Da kann der Reichstagsler auch sein Ausweichen und Zurücktreten helfen.

Pottthoff sieht sich dahin zusammen: Die volle Wahrheit und Betätigung liberaler Grundzüge muß uns wichtiger sein als die Unterstützung Bismarcks;

Der der Freiwillichen Volkspartei angehörende Reichstagsabgeordnete Dr. Leonhart schreibt in dem 1. Heft des neuen Jahrganges der in Kiel erscheinenden Halbmonatschrift „Fortschritt“ einen Aufsatz über die Lebensdauer des Bloks, in dem mit Recht dem Fürsten Bismarck die Verantwortung für das, was nun geschieht, zugeschoben wird.

Bereitswilligkeit, den Kanzler zu unterstützen, gezeigt. An ihm liege es, die Majorität, auf die er sich stützen will, zusammenzuführen.

Nun, am 10. Januar kommt die Wahlrechtsdebatte. Da wird sich Wichtiges entscheiden.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Der Polizeipräsident von Berlin, Dr. v. Borries, ist zum Präsidenten der Regierung in Magdeburg ernannt worden.

Sonntag nachmittag machten der Kaiser und die Kaiserin einen Spaziergang im Grunewald, gestern morgen im Tiergarten.

Die beiden amerikanischen Austauschprofessoren, Professor Sabin, Präsident der Yale Universität, der gegenwärtige Kooperationsprofessor in Berlin, und Professor G. G. Field, von der Harvard-Universität, werden am 21. d. M., beim ersten Diplomatenempfang, dem Kaiser vorgeführt werden.

Ein der ältesten Sanitätsoffiziere der Marine, Marine-Generalarzt a. D. Dr. Julius A. S. S. S. S., ist auf der Insel Capri, wo er seit 1894, nach seinem Ausscheiden aus dem Marine-

Wahlrechtsdebattierungen.

Von Dr. W. Bismann.

In zahlreichen deutschen Bundesstaaten sind jüngst bemerkenswerte Wahlrechtsänderungen vorgenommen worden.

Die Wahlrechtsdebatte wird am 10. d. M. im Reichstag eröffnet werden.

Die Wahlrechtsdebatte wird am 10. d. M. im Reichstag eröffnet werden.

Die Wahlrechtsdebatte wird am 10. d. M. im Reichstag eröffnet werden.

Die Wahlrechtsdebatte wird am 10. d. M. im Reichstag eröffnet werden.

Die Wahlrechtsdebatte wird am 10. d. M. im Reichstag eröffnet werden.

Die Wahlrechtsdebatte wird am 10. d. M. im Reichstag eröffnet werden.

Teil der Fall ist. Während man also in Oesterreich mit demüthiger Abkühlung daran ging, den Dezentralisationsbestrebungen, den partikulärsten Reigungen der Einzelstaaten gegenüber den Schwerpunkt des Reichsrats, den einheitlichen Zentralpunkt des Reiches, durch Verlebung eines demokratischen Wahlrechts zu verstärken, sind im Deutschen Reich in den letzten Jahren bis kurz vor dem Ausfall der Wahlen vom vorigen Januar und Februar zahlreiche Bestrebungen bekannt geworden, um dem deutschen Reichstage sein demokratisches Wahlrecht zu nehmen.

Was weit in die Reihen der Mittelparteien hinein konnte man Stimmen hören, die darauf ausgingen, eine Wahlrechtsveränderung zum deutschen Reichstage durchzuführen.

Das Hauptwerk, das diese Tendenz vertritt, erschien im Jahre 1904 unter dem Titel „Staatsrecht oder Reformen“ von einem unkenntlichen in Berlin, aus dem anonymen Verfasser.

In einer anderen Broschüre von Prof. G. G. G. G. wurden neue Ausnahmeregeln gegen die Sozialdemokratie gefordert; der Staat solle, hieß es, um der Verjüngung des politischen Lebens kräftig entgegen zu wirken, die Gesetzgebung der sozialdemokratischen Ziele statuten und die Sozialdemokraten von den Ehrenämtern des Staates, in erster Linie des Reichstages, ausschließen.

Gegen ähnliche Bestrebungen hatte sich Fürst Bismarck in seiner bekannten Serenhausrede vom 25. Januar 1906 zu wenden, als die Herren Graf Kind v. Finkentstein und Graf zu Stolberg-Troppen ihn darüber interpellierten, ob die Staatsregierung nicht vielleicht neue Mittel der Gesetzgebung brauche, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Es ist das Verdienst des Kaisers und des Fürsten Bismarck, daß allen solchen Wahlrechtsveränderungsbestrebungen gegenüber abnehmend verhalten zu haben.

Der Kaiser hat im Reichstag erklärt, daß er die Wahlrechtsdebatte nicht zu unterstützen beabsichtigt sei.

Die liberalen Parteien haben sich ebenfalls gegen die Wahlrechtsänderungen ausgesprochen.

Die sozialdemokratischen Parteien haben sich ebenfalls gegen die Wahlrechtsänderungen ausgesprochen.

Die Zentrumspartei hat sich ebenfalls gegen die Wahlrechtsänderungen ausgesprochen.

Die konservativen Parteien haben sich ebenfalls gegen die Wahlrechtsänderungen ausgesprochen.

Die liberalen Parteien haben sich ebenfalls gegen die Wahlrechtsänderungen ausgesprochen.

Die sozialdemokratischen Parteien haben sich ebenfalls gegen die Wahlrechtsänderungen ausgesprochen.

Die Zentrumspartei hat sich ebenfalls gegen die Wahlrechtsänderungen ausgesprochen.

Die konservativen Parteien haben sich ebenfalls gegen die Wahlrechtsänderungen ausgesprochen.

Bestimmung des allgemeinen Reichswahlrechts herbeizuführen. ... Den von Reichsanwalt aufgestellten Entwurf von Abänderungen der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe haben die zuständigen preussischen Minister den Regierungspräsidenten mit folgenden Bemerkungen übermittelt: Der Entwurf bedeutet eine erhebliche Umgestaltung der Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Bisher ist gemäß § 105 b Abs. 2 der Gewerbeordnung an Sonn- und Festtagen grundsätzlich eine fünfstündige Beschäftigung im Handelsgewerbe zugelassen; diese Beschäftigungszeit kann aber durch statutarische Bestimmungen der Gemeinden und weiteren Kommunalverbände eingeschränkt werden. Auf Grund des § 105 a. a. O. sind gewisse unaufschiebbare Arbeiten auch außerhalb der in § 105 b zugelassenen Beschäftigungsstunden ohne weiteres gestattet. Ferner kann für solche Zwecke des Handelsgewerbes, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, durch die höheren Verwaltungsbehörden die Sonntagsarbeit über die in § 105 b Abs. 2 gezogenen Grenzen hinaus gestattet werden. Der Entwurf stellt den Grundgedanke auf, daß — ebenso wie schon jetzt in der Industrie und im Handel — in Zukunft auch im Handelsgewerbe Geschäften, Lehrkräften und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen. Ausnahmen von diesem Grundgedanke sollen in folgendem Umfange zulässig sein: 1. Die Vorschriften des § 105 a, wonach gewisse unaufschiebbare Arbeiten an Sonn- und Festtagen unter bestimmten Bedingungen ohne weiteres zulässig sind, bleiben unverändert. 2. Ebenso bleiben zulässig nach § 105 a Abs. 1 die Bestimmungen der Aufsichtsbehörden, kann durch Beschluß der weiteren Kommunalverbände (in erster Linie: der Kreisverwaltungen) oder — in Ermangelung eines solchen Beschlusses — durch Beschluß der Gemeindebehörden für solche Handelsgewerbe, für welche von der höheren Verwaltungsbehörde Ausnahmen auf Grund des § 105 b Abs. 1 nicht zugelassen sind, Sonntagsarbeit bis zu drei Stunden, jedoch nicht über 2 Uhr nachmittags hinaus gestattet werden. In gleicher Weise ist für die beiden letzten Sonntage vor Weihnachten die Zulassung einer höchstens sechsstündigen Beschäftigung und für jährlich drei weitere Sonntage die Zulassung einer höchstens sechsstündigen Beschäftigung gestattet. Der Bundesrat hat diese Bestimmungen, auf welche die höheren Verwaltungsbehörden und die weiteren Kommunalverbände bezw. Gemeinden die vorerörterten Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit zulassen können, und über den Umfang dieser Ausnahmen nähere Bestimmungen zu erlassen. Die Herren Regierungspräsidenten erlauben wir, sich nach Anhörung der amtlichen Vertretungen des Handelsstandes sowie der etwa in den einzelnen Bezirken vorhandenen größeren Vereinigungen von Handelsgewerbetreibenden und Handlungsgeschäften über den Entwurf zu äußern. Es wird zu prüfen sein, ob die Bestimmungen des Entwurfs eine befriedigende Regelung der Sonntagsruhe und Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe ermöglichen, insbesondere, ob weitergehende Beschränkungen der Sonntagsarbeit oder andererseits weitergehende Ausnahmen vom Verbote der Sonntagsarbeit wünschenswert erscheinen, und ob etwa andere Organe als die im Entwurfe vorgesehenen mit der Zulassung von Ausnahmen zu beauftragen sein werden. Der Herr Reichsanwalt wünscht ferner, daß ihm sämtliche zur Verfügung der §§ 155 b und c organen, zurzeit in Geltung stehenden Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in Form einer tabellarischen Uebersicht übermittelt werden. Wir erlauben, uns eine solche Uebersicht der im dortigen Bezirke geltenden Bestimmungen in zwei Ausfertigungen einzureichen. Soweit diese Bestimmungen in dem engen Rahmen der Tabelle nicht Aufnahme finden können, sind sie in besonderen, gleichfalls dem zu zukünftigen Anlagen zu dieser Tabelle beizufügen zusammenzufassen.

Die Erhöhung der Einkommensteuer.

Daß infolge der Erhöhung der Beamtengehälter die Regel der preussischen Einkommensteuer schwerer angezogen werden sollen, ist schon wiederholt angeklagt worden. Nähere Mitteilungen darüber dürfte man durch die Etatsrede des Finanzministers v. Rheinbaben erhalten. Die „Rdn. Ztg.“ glaubt indessen, schon jetzt berichten zu können, daß nach der Ansicht des Finanzministers die Erhöhung der Progression möglichst erst bei einem Einkommen von 10 000 Mark beginnen sollte. Bei etwa 40 000 Mark sollen 4 Prozent, bei 100 000 Mark 5 Prozent erzielt werden. In der „Rdn. Ztg.“ wird dieses Vor-

gehen mit der Begründung bekämpft, daß die neuen Forderungen von allen Steuerpflichtigen getragen werden müßten; man solle also eine gleichmäßige prozentuale Steigerung der bestehenden Einkommensteuer für vornehm oder ein bis zwei Monatsraten mehr zur Erhebung bringen. Ob eine solche allgemeine Steigerung der Einkommensteuer notwendig sein wird, das muß erst abgewartet werden. Aber daß die höhere Belastung vor allem durch eine schärfere Progression bei dem Einkommen über 10 000 Mark zum Ausdruck gebracht wird, das ist durchaus berechtigt.

§ 7 des Reichsvereinsegesetzes.

Die „Rdn. Ztg.“ macht den Vorbehalt, dem vielmehr § 7 des Reichsvereinsegesetzes folgende Fassung zu geben: „Die Verhandlungen der öffentlichen Verwaltungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind in gemeinsprachigen Teilen des Deutschen Reiches im Wege der Landesgesetzgebung zulässig. Als gemeinsprachig sind zurzeit folgende Teile Ostpreußens und der preussischen Provinzen Schlesien, Posen, Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein anzusehen.“

Damit würde die Entscheidung über die Ausnahmen den Landesgesetzgebungen entzogen und der Landesgesetzgebung übertragen. Wenn also keine solche Landesgesetzgebung zustande käme, würden auch keinerlei Ausnahmen zugelassen. Die „Rdn. Ztg.“ meint:

„Es erscheint uns richtiger, die Regelung der Ausnahmen der Landesgesetzgebung zu überweisen, als sie, wie der Entwurf will, der Landeszentralbehörde, also der Polizeiminister zu überlassen. Eine Uebergangsbestimmung des Inhalts: „Bis die Landesgesetzgebung die Ausnahmen festgesetzt hat, behält es bei dem bisherigen Verfahren sein Bestehen“, in das deutsche Vereinsegesetz aufzunehmen, dürfte sich erübrigen, da in den interessierten gesetzgebenden Körperlichkeiten jedenfalls sofort darauf geachtet werden wird, die erforderlichen landesgesetzlichen Bestimmungen zu erlassen.“

Da indessen eine Reihe Ausnahmen von der Regel jedenfalls auch von den Polizeipräsidenten § 7 für nötig erachtet werden, sollte es von jedem Standpunkt unerlässlich erscheinen, für die Zulassung dieser Ausnahmen zu sorgen, ehe die Regel in Kraft tritt.

Die Zulassung der Lage im Baugewerbe.

In den letzten Tagen hat sich die Situation im Berliner Baugewerbe so zuspitzt, daß auch dort mit dem Ausbruch eines neuen schweren Kampfes im Frühjahr dieses Jahres gerechnet wird. Der letzte Beschluß des Schlichters der Baugesäfte, den Bauern für Arbeiter und Zimmerer auf 70—75 Pf. herabzusetzen, wird der „Rdn. Rundschau“ zufolge, von den betroffenen Arbeiterorganisationen mit Gegenantragungen beantwortet werden. Schon in den nächsten Tagen werden zu diesem Zweck Verhandlungen einberufen werden. Auch gegen die vom Verband der Baugesäfte vorgeschriebene obligatorische Benutzung des Arbeitgeberverbandes-Arbeitsnachweises soll bei dieser Gelegenheit Stellung genommen werden. In einen Streit ist freilich bei der gegenwärtigen ungünstigen Konjunktur nicht zu denken. Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß infolge dieser Differenzen die Suspension, die im Frühjahr in Mitteldeutschland und Rheinland-Besitzungen unzulässig eintreten wird, auch auf den Berliner Baubezirk entsprechend den Beschlüssen des Arbeitgeberverbandes ausgedehnt wird. In München haben die Organisationen der Arbeiter und Arbeitnehmer des Baugewerbes die Tarifverträge zum 1. April d. Z. gekündigt.

Allgemeine Mitteilungen.

— Im „Vorwärts“ fordert ein Aufruf „An die Reichlosen“ zu Volksversammlungen aus, die am 4. Januar gegen das preussische Dreiklassen-Wahlrecht abgehalten werden sollen. Am Abend vor der Beamtung der Interpellation im Abgeordnetenhaus, so heißt es in dem Aufruf, müsse den Herrschenden der Wille bekundet werden, mit dem Dreiklassen-Schmach aufzuhören. Der Aufruf ist diesmal, entgegen dem bisherigen Verfahren, nicht von der sozialdemokratischen Parteileitung unterzeichnet; er hat überhaupt keine Unterchrift.

— Unter dem Titel „Freiwilliger Korrespondent“ werden die Reichs- und die freiempfindliche Partei im neuen Jahre ein eigenes Organ herausgeben. Die erste Nummer erscheint bereits dieser Tage.

Bergbau.

Der „Rdn. Ztg.“ zufolge war unter den vielen am Sonntag im Ruhrrevier abgehaltenen Bergarbeiterversammlungen die Dortmund-Verammlung die bedeutsamste. In ihr wurde der Vorherrschen des alten Bergarbeiterverbandes, Abgeordnete Sache, mehrere tausend Bergleute dringend vor einem Ausbrüche. Es sind jetzt gerade drei Jahre vergangen, als Saksie in demselben lokale mit denselben Vorkäufen niedergelitten wurde und die Bergarbeitermassen über die Köpfe ihrer Führer hinweg den Ausbruch suchten. Auch jetzt ist wieder Streikimmung vorhanden; indessen will man vorläufig auf friedlichem Wege das Zwangsstatut in seinen Wirkungen abschwächen verhindern.

Finanz- und Steuerwesen.

— Die „Rdn. Ztg.“ hatte vor einigen Tagen, anscheinend offiziell, die Mitteilung gebracht, in den Kreisen der Reichsregierung trane man sich mit dem Plan eines Reichsmonopols für drahtlose Telegraphie und Unterwasserfernleitung. Was das angebotene Monopol für drahtlose Telegraphie anlangt, so wird dem „B. L.“ am amtlichen Stelle berichtet, daß die Reichspostamt geht von der Ansicht aus, daß das Telegraphenregal auch für die drahtlose Telegraphie maßgebend ist, und daß dessen Bestimmungen auch hier ohne weiteres zur Anwendung gelangen müssen. Da gelegentlich des am 1. Juni 1908 in Kraft tretenden internationalen Abkommens das analog den bisherigen internationalen Bestimmungen für die Telegraphie internationale Regeln für die drahtlose Telegraphie geschaffen wird, dürfte bei dieser Gelegenheit etwaige Vorschläge des Reichspostamtes angewandten Telegraphenregals durch entsprechende Zusätze bestimmt werden.

See- und Flotte.

— Kaiserliche Marine. Der heimkehrende Transporter der von den Schiffen des Kreuzergeschwaders abgelassenen Offiziere und Mannschaften ist mit dem „Prinzess Alice“ am 4. Januar in Algier und am 5. Januar in Gibraltar eingetroffen und hat am 5. Jan. die Reise nach Southampton fortgesetzt. „Wolff“ ist am 4. Jan. in Kingston auf Jamaica eingetroffen und geht am 13. Januar von dort nach Havana in See. „Arcona“ ist am 4. Januar in

Gulfkano eingetroffen und am 6. Januar von dort nach Ansoy in See gegangen. „Seeadler“ ist am 6. Januar von Dar es Salaam nach Bagamojo in See gegangen.

Ausland.

Die marokkanische Staatsanleihe.

Die „Deutsche Reichs-Post“ schreibt: „Die „Süddeutsche Reichs-Post“ führt halbamtlich aus, daß in dem gegenwärtigen Stand der Angelegenheit der 150 Millionen anleihe, die in Rabat zwischen dem Sultan Abdul Aziz und dem französischen Gesandten vereinbart wurde, ein Eingreifen der an der Affäre von Algier beteiligten Signatarmächte auf Grund der Vorschriften über die marokkanische Staatsbank nicht möglich ist, und daß durch die Verhandlungen, die die marokkanische Regierung jetzt in Paris wegen dieser Anleihe führen läßt, die Affäre von Algier nicht verliert. Diese Ausführungen der „Süddeutschen Reichs-Post“ steht entgegen, daß laut Art. 33 der Algier-Acte der Vertrag der marokkanischen Fiskalkontinuität mit Ausschluß des für die Anleihe von 1904 verpändeten Teiles in die Kasse der marokkanischen Staatsbank fließen sollte. Nach übereinstimmenden Zeitungsberichten aber soll das rein französische Konsortium, welches die Anleihe auftrug, dafür auf dem Tabakmonopol die Zolleinnahmen und Abgaben aller marokkanischen Häfen erhalten. Ferner ist laut Art. 34 der Algier-Acte die marokkanische Staatsbank die Finanzagentur der Regierung, unbeschadet freilich des Rechtes der Regierung, sich wegen ihrer öffentlichen Anleihen an andere Bankhäuser oder Kreditinstitute zu wenden.“

Der natürliche Gang der Dinge wäre gewesen, daß die 150 Millionenanleihe zunächst der marokkanischen Staatsbank angeboten würde. Dies ist, soweit die Zeitungsberichte zeigen, nicht geschehen. Daß die Abmachungen über eine neue Anleihe der Algier-Acte Sohn sprechen, und sich den früheren französischen Verfügungen der Affäre würdig anreihen, daß sie eine rein französische Finanzkontrolle über ganz Marokko und außerdem einen Reisevisum nicht nur auf dem Wege zur Uniformierung des Landes bedeuten, melde auch der stets sehr gut informierte und in seinem Urteil juristische Schulung verratende Berichterstatter der „Reichs-Post“ aus Tanger vom 19. Dezember vorigen Jahres: „Man mag über die juristische Seite der Frage verschiedener Meinung sein, diplomatisch genommen ist eine Preisgabe von Chancen, wenn die Reichsregierung den Franzosen, die entgegen der Algier-Acte, in Marokko Städte besetzen und bombardieren, die drahtlose Telegraphie bauen, das Tabakmonopol übernehmen, die marokkanische Polizei zu einer französischen Institution machen, und unfunktionierbare Verhandlungen mit dem Sultan Abdul Aziz pflegen, ermöglicht, nun auch in der Frage der 150 Millionenanleihe ein fait accompli zu schaffen. Daß es den in ihrer Marokkopolitik ein höheres Ziel im Auge habenden Franzosen gelingen wird, in die Finanzkontrolle über ganz Marokko und außerdem einen Reisevisum hineinzubringen, die der marokkanischen Staatsbank die Uebernahme der Anleihe unmöglich machen, daran ist wohl nicht zu zweifeln.“

Die Ereignisse in Marokko.

General d'Amade kam Sonntag vormittag in Casablanca an und übernahm sofort den Oberbefehl über das Okkupationskorps. Er telegraphierte, daß ein Teil der Stämme der Uad Jhad und Uad Sais die ihnen für ihre Unterwerfung gestellten Bedingungen angenommen habe.

Bischof in Madrid.

Der französische Minister Bidon wurde, dem „Tag“ zufolge, bei seiner Ankunft in Madrid über die neuesten Vorgänge in Tetuan unternichtet. Der Bischof dieser Stadt, Abulmerit, hat dringend spanische Unterstützung aus Ceuta und Algier ersuchen, weil die Stämme Wadas und Bewidir die Stadt bedrohen. Die spanische Kolonie von Tetuan besitzt jetzt langer Zeit eingeschlossene Wasserzufuhr, Straße und Konjunkt erlebten eine prooifizielle Besetzung. — Durch die Eingabe der Notabeln von Tetuan gegen die Reformpolitik jetzt ihres öffentlichen Wirkens vor der überaus schmerzhaften Aufgabe, die ohne kein Zutun in Rabat getroffenen Abmachungen des Sultans mit dem Geliebten Regnault von den mizogenerigten Notabeln als unerlässliche Staatsnotwendigkeit zu verteidigen. El Torres kann auf alle mündlichen und schriftlichen Proteste aus Tetuan, Larache, Ceuta und aus Rabat selbst nur die eine Antwort geben: „Wenn ihr euch gegen die Einsetzung der Reformpolitik durch lähmende Kundgebungen kränkt, so werden die Palas der Hofenfläche, durch die Fremden unterliegt, die Säupter eurer Bewegung in Gewandlung bringen. Wenn ihr passiven Widerstand leistet, wird die Verwaltung durch die ihr zusehenden Mittel euch gefügig machen. In eine bewaffnete Erhebung, wie in Cabablanca, denkt ihr wohl nicht. Käme es hier oder dort zu Gewaltthaten, dann wehe dem Lande.“

Ein Attentat in Konstantinopel?

Das Gerücht von einem Attentat auf den zweiten Sektretär des Sultans, Iszet Pascha, behält sich. Palastintrigen haben, wie der „Tag“ aus Konstantinopel erzählt, dabei mitgespielt. Iszet ist nicht verumdet worden. Albanische Soldaten marschieren sich den Verdächtigten entgegen. 26 Albanen sind zu Offizieren befördert und nach Salonik geschickt worden, um dort in die neue gebildete, zur Bekämpfung der Banden bestimmte Brigade einzugereiht zu werden.

Reine Tagesnachrichten.

— Wegen politischer Meinungsverschiedenheiten hat zwischen dem Magnatenbesitzlichen Grafen Paul Gherhazy, sowie dem Hg. Kallan in Subanen ein Sächelbuchell stattgefunden, wobei Kallan einen scharfen Hieb über die Stirn und Graf Gherhazy einen Stich in die Hand. Die Gegner schieben unverschuldet.

— Dem „Sigaro“ zufolge findet die Reise des Präsidenten Gallieres nach Skandinavien im Laufe dieses Jahres statt. Die schwedische Eiteltenfrage soll in zufriedenstellender Weise gelöst werden sein.

— Unter großer Beteiligung fand gestern vormittag in Brüssel die Leidenfeierlichkeit für den belgischen Ministerpräsidenten de Trooz statt. Nach dem von dem Kardinal Mercier gelehrten Trauergebet wurde die Leiche vom Nordbahnhof aus nach Löwen, der Vaterstadt des Verstorbenen, übergeführt.

— In Batska kam es, dem „Tag“ zufolge, am Sonntag zu Tumulten, die durch das neue Gesetz über die Sonntagsruhe, das die Schließung aller Trinklokale anordnet, entstanden. Die gesamte Polizei war aufgeboten um den förmlichen Wirtshaus-

14. An dem Schirmannischen Grabdenkmal auf dem Süd-
friedhofe beabsichtigt man, eine Bronzetafel mit entsprechender
Inschrift anzubringen. Kosten 136 Mk. (Derselbe Referent.)
Einige gab der Herr Vorleser folgende bekannt:
eine Petition des früheren Bremenaußensehers König um
Unterstützung; sie wird durch Ueberzuga zur Tagesordnung
erledigt. Weiter eine Eingabe mehrerer angelegener Gelande-
vereine, die um Erhaltung des alten Volksschulsaales an der
Neuen Promenade bitten. Herr Stadtschulrat v. Brandel
bemerkte dazu, daß das Schulsaal des alten Saales, der zu
Klassen umgebaut werden sollte, sich erst später entscheiden.
Die Angelegenheit wird daraufhin 6 Monate zurückgelegt.
Schließlich wurden wieder vorgelegt die Petitionen wegen
Erweiterung der Sonntagsruhe.

Herr Bürgermeister Dr. Rie führte dazu aus, daß der
Magistrat sich abwarten wolle, wie der neue Reichsgesetz-
entwurf (siehe gestrige Nummer der Saalzeitung) die Materie
regeln wolle. Erst dann wolle man Stellung nehmen.

Geb. Medizinalrat Frey, von Mering f.
Die medizinische Fakultät unserer Universität hat im
neuen Jahre bereits einen ihrer Verlust erlitten: der
ordentliche Professor der inneren Medizin, Geh. Medizinal-
rat Dr. med. Joseph Freiherr v. Mering ist
gestorben im Alter von 58 Jahren verstorben.

Geh. Medizinalrat v. Mering gehörte unserer Universität seit
dreizehn Jahren an und hat in dieser Zeit vielen hundert
junger Mediziner als Lehrer und Berater, noch mehr aber
vielen Tausenden Kranken und Leidenden als Helfer in
schweren Nöten zur Seite gestanden. v. Mering war ein
geborener Rheinländer, er stammte aus Köln, wo er am
28. Dezember 1849 geboren wurde. Nachdem er in Bonn,
Greiswald und Straßburg Medizin studiert, promovierte er
an der neuen Kaiser-Wilhelms-Universität in Straßburg
1873 zum Dr. med. und war dann zunächst als Assistent an
der dortigen Zahn- und Nervenklinik von Prof. Kraft-
Föhl tätig. Zwei Jahre später ging er nach Berlin, wo er
bis zum Jahre 1877 Assistent an der medizinischen Klinik von
Professor Frerichs war. Aber schon 1877 kehrte er wieder
nach Straßburg zurück, um hier unter der Hilfe-Seiler und Rüh-
meul zu arbeiten. 1879 habilitierte er sich in Straßburg als
Privatdozent für innere Medizin und physiologische Chemie;
seine damalige Habilitationsschrift behandelte die Wirkungen
des Quecksilbers im Organismus. Im Jahre 1880 wurde
ihm dort eine außerordentliche Professur übertragen. 1890
wurde er an die hiesige Universität als außerordentlicher
Professor für innere Medizin und gleichzeitig als Direktor
der medizinischen Poliklinik berufen. 1894 wurde er zum
ordentlichen Professor der inneren Medizin ernannt und nach
dem Rücktritt des Geh. Medizinalrats Weber wurde ihm auch
die Direktion der medizinischen Klinik übertragen. Neben
seiner Tätigkeit als Dozent und Leiter der Kliniken war
Geh. Medizinalrat v. Mering auch Direktor des (katholischen)
Eilabeth-Krankenhaus, hier, wo er ebenfalls eine vielsei-
tig hilsbringende Tätigkeit entfaltete. Als medizinischer
Schriftsteller ist er u. a. bekannt geworden durch sein in
Gemeinschaft mit anderen herausgegebenes „Lehrbuch der
inneren Medizin“ und eine Schrift über „Das chloraure
Kalk in physiologischer und therapeutischer Hinsicht“. Seine
medizinische Tätigkeit erstreckte sich besonders auf Krank-
heiten der Verdauungsorgane; als der eines Spezialisten
auf dem Gebiete der Nierenkrankheiten hatte sein Name
einen guten Klang. Bekannt ist er auch geworden durch eine
Reihe von Vortragsvorträgen, die er in den Handel brachte
und mit denen er namentlich die Kinderernährung vor-
treflich beeinflusste.

Photographische Gesellschaft. Die auf heute Dienstag
angelegte Sitzung der Photographischen Gesellschaft findet
erst nächste Woche, Dienstag, den 14., statt.

Provinzialnachrichten.

Miel, 6. Jan. (Schenkungen.) Gutsbesitzer
und Standesbeamter Otto Gehrt, der sich um die Leitung des
elektrischen Lichtes eifrig bemühte, schenkte der Gemeinde zur
Deckung der Unkosten eine Summe von 10 000 Mk. Ferner
schenkte er auch der Armenkasse zu Weihnachten 2000 Mk.

Mietzen, 6. Jan. (In der Versammlung des
Zweigevereins des Evangel. Bundes) sprach gestern
Dr. Brauerlich, der Generalsekretär, über das Thema:
„Die Arbeiten des Evangel. Bundes im In- und Auslande“. Im
Vergleich zum Wachstum des katholischen Volks zeigte der Vor-
tragende die Entwicklung des E. Bundes seit seiner Gründung
1887. Er zählte zunächst 10 000 Mitglieder, wuchs 1895 auf 100 000
und hat jetzt eine Mitgliederzahl von 350 000 erreicht. Seine sehr
interessanten Ausführungen über die Aufgaben des E. Bundes
schloß der Redner mit der Mahnung: „Protestanten, merket
aktionsfähig!“ Sehr erfreulich war es, daß sich 11 neue Mitglieder
meldeten, so daß der hiesige Verein jetzt 62 Mitglieder zählt.

Rümmen, 6. Jan. (Zur Elektrifizierungsfrage.)
In einer gemeindefürlichen, geschlossenen Sitzung des Magi-
strats und der Stadtratsmitglieder erklärte der von der Stadt-
verwaltung geladene Sachverständige, das Elektrizitätswerk
jetzt in seinem jetzigen Zustand und Ausrichtung nicht be-
triebsfähig und der mit der Firma Müller geschlossene Ver-
trag nicht erfüllt. Die Stadtvertretung ist derselben Ansicht.
Aunicht hat ein Schiedsgericht über diese Streitfrage
zu entscheiden und schließlich ernannt der Landgerichtsprä-
sident zu Halle einen Ökonomen, dessen Spruch sich beide Teile
zu fügen haben. An den letzten Dezemberabenden brannten
die elektrischen Lampen in den einzelnen Straßenzügen, am
Sonntag war die Stadt in der Hauptstraße erleuchtet. Be-
reits angeschlossene Anlagen haben auch jetzt Strom und da-
mit Licht und Kraft.

**Sangerhausen, 6. Jan. (Ein schreckliches Un-
glück.)** ereignete sich hier am Sonnabend nachmittags
kurz nach 3 Uhr. Der 59-jährige Gelehrter Mosebach,
in Diensten des Mühlenbesizers Köthe, kam mit einem
schwerbeladenen Wagen den Weg an der Mühlenmachinen-
fabrik herunter. Beim Bremsen des Wagens rutschte Mo-
sebach plötzlich aus, geriet unter den Wagen und wurde von
diesem überfahren. Der bedauernswerte Mann, dem der
Wagen über Kopf und Brust gegangen war, gab nach wenigen
Minuten seinen Geist auf. Ein Knecht, der alleinige
Zeuge des Vorfalls, benachrichtigte Angehörige erwähneter
Fabrik, die für Bergung der Leiche Sorge trugen.

Mühlhausen, 6. Jan. (In einem Göpel.)
der auf dem Hofe arbeitete, geriet ein acht Jahre alter Knabe.
Er wurde von der Treibrolle erfasst und mehrere Male her-
umgeschleudert. An dem dabei erlittenen Verletzungen starb
er nach drei Tagen im Krankenhaus.

Grund (Harz), 6. Jan. (Durch sein eigenes
Gespann) wurde am Sonnabend Abend beim Holzab-
fahren aus dem Steintal der Fuhrherr Zund von hier über-
fahren und getötet. Der Verunglückte ging vor den Pferden
und kam dabei zu Fall, infolgedessen ihm der schwerbeladene
Wagen über die Brust ging und der Tod auf der Stelle ein-
trat.

Gerichtsverhandlungen.

Kassel, 6. Jan. Der Beleidigungsprozess der hiesi-
gen waldeischen Domänenkammer gegen den Reichstagsabgeordneten
Dr. Potthoff und Genossen wurde heute abends vor der
Strafkammer verhandelt, nachdem das Reichsgericht das erste
Urteil aufgehoben hat. Potthoff hat eine Artikelleide in den
waldeischen Zeitungen gegen den Landtag und die Domänen-
kammer veröffentlicht, worin Beleidigungen enthalten waren. Das
heutige Urteil lautet wie das vorige: Potthoff wurde zu 200 Mk.,
die beiden Redakteure Burg-Gorlach und Lorpeters-
Wittungen zu je 50 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Ebing, 6. Jan. Die Strafkammer hat heute den Pro-
kuristen Johannes Zankert in der Klausur gegen seinen Ruch-
stiftlicher G. und S. Müller wegen Wechselfälschungen in
30 Fällen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Kunst und Wissenschaft.

Münchener Chronik. Hegermanns neuestes „Münchener
Jagd“ (sonderbare Jagd) erzählte in Rotterdam bei seiner Ueberset-
zung einen Abhängererfolg. Es schildert die wackelige Treue eines
Welmannes aus einer Kronensteglerin. Ein seiner sterbenden Mutter
gegebenes Versprechen zwingt ihn, seine natürliche Tochter, um die er
sich gekümmert hat, zu jagen. Diese „sonderbare Jagd“ bleibt
jedoch erfolglos, und schließlich geht die Tochter in einer „Stunde,
da die Pflegerin ihm ihre Liebe gesteht, sich Leben zur Errettung eines
im Wasser gefallenen fremden Kindes. — Die neue Saison des
Operntheaters von Monte Carlo, die seit dem Berliner Gastspiel
im letzten Frühjahr für Norddeutschland ein großes Interesse be-
sprachen kann, beginnt am 1. Februar mit Puccinis Oper „Bo-
condo“, deren Uebersetzung von Madame Blinone gelungen wird. Als erste
neue große Produktion wird die spanische Komödie „Don Carlos“
aufgeführt. Einmal in jeder abendigen Aufführung, mit der die Oper
von Monte Carlo alle Schmeicheleien zu übertrumpfen sucht. In
dieser Aufführung wird dann auch von Don Mimiren. Ein zweiter
Premierenabend bringt Raffinesse Oper „Teresa“, dazu ein neues
Ballet unter dem Titel „Capaba“, hier langt die berühmte indische
Tänzerin Troubanoma die Hauptrolle. Unter den später folgenden
Vorstellungen befindet sich die „Lola“ von Puccini, die mit dem russi-
schen Tenor Ermann und Selma Kraus am 10. Wien, die auch die Musik
in der „Böhme“ Puccinis führen wird. Dann folgt Saint Saens
Oper „Henrich VIII.“, der „Méphisto“ Boitos in zum Teil neuer
Besetzung, und „Carmen“ mit Mlle. Baillot als Carmen, Rouffière
als Don Jose und Renaud als Escamillo. Mit zwei Aufführungen
von Puccinis „Bardier von Sevilla“ (Ziti. Arz und Herr Galopine)
wird dann die Opernsaison von Monte Carlo ihren Abschluß finden.
— In den hiesigen Volkstheatern in Bielefeld spielte „Die Lügner“
Schulpeil, „Die Lügner“ in reicher Ausstattung. Das im
preussischen Hochadel spielende Stück ist die launendendste Abwandlung
jüngster Liebe, der Versuch, die Schuld der Mutter durch die beiden
niedergerampelte Reue der Geliebten zu büßen, wird mit beiden
theatralischen Mitteln, jeden feineren Gedmaß verziehend, ins Werk
gesetzt; der Verfasser zeigte sich nach den Aufstellungen mehrmals.
— In Wiesbaden das „F. F.“ hier, erweist sich dort der als vor kurzem
dem hiesigen Stadttheater angehörige, nunmehr der Königl. Bühne
in Wiesbaden verpflichtete Heidenbarion Hans Schäß großer
Sympathien.

Bermischtes.

Die Tragödie von Alentien.
Meber den Umfang der Schuld des Hauptmanns v. Goeben
und der Wittfrau der Frau v. Schönebeck herrscht, nach dem „S.
Z.“, noch die verschiedensten Ansichten. Am maßgebender, mit-
täglichster Stelle wird immer noch vollkommenes Stillschweigen be-
obachtet. Auf eine Anfrage am amtlicher Stelle wurde gesagt,
daß der Fall bei weitem nicht so schlimm läge, als angenommen
werde. Das würde die bevorstehende Verhandlung vor dem Kriegs-
gericht ergeben. Im übrigen können darüber keine näheren Aus-
künfte gegeben werden, da von autoritativer militärischer Seite
der trübe Befehl gegeben ist, nichts mehr der Öffentlichkeit zu
unterbreiten. Die Behörde will anscheinend annehmen, daß es sich
nicht um einen überlegten Mord handelt. Der Befehl zur Ge-
heimhaltung ist von dem Dispositionsamteber Stotti gegeben.
Von einem ehemaligen Schulamateren des Hauptmanns v. Goeben
wird geschrieben: Auch ich war mehrere Jahre Schulamater des
Hauptmanns Hugo v. Goeben. Er war damals ein sehr ver-
schlossener und verlässlicher und daher nicht gerade beliebter
Kamerad. Mit großer Energie hat er begogen — was sehr an-
erkannt werden muß — seine körperlichen Gebröden, einen ver-
zerrpelteten Arm und ein zu kurzes Bein, durch eifriges Turnen
zu bessern gesucht. Seine geistige Begabung war, außer für Mathe-
matik, nicht hervorragend. Goeben trat 1888 oder 1889 als Kadett
bei der Marine ein, wurde aber nach kurzer Zeit, weil er wegen
seiner körperlichen Gebröden dem Marinedienst nicht gewachsen
war, nicht infolge eines Sturzes, entlassen.

Ein originales Neujahrsgeschenk erhält einem alten Gebräuche
gemäß, alljährlich der große Prinz-Regent Luipold von Bayern
den Bürgern seiner Geburtsstadt Würzburg. Es besteht aus
hundert Goldgulden. Der Goldgulden repräsentiert einen Wert
von etwa 3/4 alten bayrischen Gulden. Für die Uebermittlung der
Gabe hatten die Würzburger Bürger diesmal eine Flasche aus
dunkelblauem Glas mit goldenem Stöpsel, einen sogenannten Box-
beutel, in denen die edlen Franken- und Steinmetze abgefüllt
werden, gewährt. An dieser Flasche waren die hundert neuen
glänzenden Goldgulden angebracht.

Selbstmord nach einem Attentat auf einen Schuhmann ver-
liehe Sonntag abend der aus der Trrenantstr. Herberge
entlassene Gelegenheitsarbeiter Ramin, der sich bei Ver-
wunden in einer Kellerwohnung der Meyer Straße verborgen
hielt. Die Polizei hatte den Aufenthaltsort des Missethätigen er-
mittelt, und gestern sollte zwangsweise seine Wiederübernahme
in die Anstalt erfolgen. Der mit der Ausführung betraute Be-
amte mußte zunächst die Tür erbrechen, da Ramin freiwillig nicht
öffnete. Ramin war wie gesehen, als ein Schuhmacher, der
den Schuhmann am Mantel streifte, ohne ihn jedoch zu verletzen.
Gleich darauf blühte in dem dunklen Raum ein zweiter Schuß
auf — ihn hatte Ramin gegen sich selbst gerichtet. Wölch ge-
troffen sank der Gelbstranke zu Boden. Bei der Durchsuchung
des Kellers wurde ein Verdachter des Ramin, der sich dort auf-
hielt, mitgeführt, weil er der Beleidigung verdächtig erschien. Die Leiche
des Toten wurde dem Spahnauje zugewiesen.

Haubmoderverlag. Im Hause Sebastianstraße 71 in Berlin
wurde Montag nachmittags 2 1/2 Uhr an der Hauswirtin Witwe
Conrad von einer unbekanntenen Person mit einer Brechzange in
ihrer Wohnung ein Aeschenmoderverlag verübt. Sowie, er

mittels wurde, ist nichts gemacht worden. Die Frau ist am
Kopfe schwer verletzt, konnte aber in ihrer Wohnung bleiben.

Tabesung eines Offiziers. Einen Tabesung mit dem Ver-
trat in der Reithahn des Regiments Königsjäger zu Pferde
Nr. 1 in Polen der Oberstleutnant und Regimentsadjutant
Herbert von Reinersdorf-Paggenst und Tenczin.

60 000 Mark aus einem Kassenbuch gestohlen. Im Pfar-
haus Kraftshof bei Nürnberg wurde durch einem Privat-
Telegramm gemeldet. Sämtliche Coupons von Pfand-
briefen im Werte von 60 000 Mark sowie einiges Bargeld sind
gestohlen worden. Von den Tätern steht noch jede Spur.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Krazien. In Kreuz-
thal kam es Sonntag abend zu einem Zusammenstoß zwischen
Polizei und Krazien. Von den letzteren wurde einer, der
einen Beamten durch Messerschläge verletzt, niedergeschossen.

Unruiger Kampf mit Kannibalen. „Daily Express“ berichtet
von einem schweren Kampf, den eine Forschungs Expedition
beim Kaiser River in Kongoküste mit Kannibalen zu bestehen
hatte. Von den Eingeborenen wurden mehr als 500 er-
getötet. Die Weiben erlitten keine Verluste und werden
weiterhin von eingetragenen Truppen begleitet und beschützt.

Sport und Spiel.

Kabochschport.
Im Pariser Winterpokal sah am Sonntag ein
50 Kilometer-Rennen hinter Landemühnung, in welchem Hüt
zum ersten Male nach seinem Siege im Newporter Sechs-Tage-
Rennen wieder auf einer europäischen Bahn startete, den
Deutschen in 1 St. 1 Min. 56 Sek. als Sieger. Geignert endete
20 Meter und Privat eine Runde zurück. Der Berliner Theile
wag inobspiziert und gab bei 26 Km. auf. Das Match zwischen
Guignard und Darragon endete mit dem erwarteten Siege
von Guignard. Die Einzelresultate waren: 1. Lauf 20 Km.
Guignard 14:45, Darragon 4 Runden zurück. 2. Lauf 30 Km.
Darragon 22:23, Guignard 3 Runden zurück. Guignard hatte
bis 20 Km. mit einer halben Runde Vorsprung die Führung und
erlitt dann Totorbefehl. Der dritte Lauf über 10 Km. wurde als
Verfolgungstrennen ausgetragen. Guignard, der seinen Gegner in
der letzten Runde einholte, siegte in 7:26, 2 (Reford). Das
Fitzlerrennen gewann Vandenberg mit einer Länge gegen Thau
und Quessbar.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Der französische Minister des Auswärtigen in Madrid.
Madrid, 6. Jan. Der französische Minister des Aus-
wärtigen Ribot ist hier eingetroffen und wurde vom franzö-
sischen Botschafter Receif empfangen.

Die Beendigung der Operationen gegen die Beni Snassen.
Paris, 6. Jan. General Lyautey meldet, daß die
Operationen gegen die Beni Snassen als beendet anzusehen
sind. Eine Zurückziehung der mit den Operationen beauf-
tragten Truppen erscheine daher angebracht.

Eine Menterei von Sträflingen.
London, 6. Jan. Ein Gefangener des Distriktsgefäng-
nisses Dartmoor schlug einen Wärter während der Rückföhr-
ung zum Kirchgang nieder. Die anderen Gefangenen machten
mit ihm gemeinsame Sache und schlugen noch zwei Wärter
zu Boden und verwundeten sie so schwer, daß diese im
Krankenhaus Aufnahme finden mußten.

Die Cholera in der Türkei.
Konstantinopel, 6. Jan. Von den Sanitätsbehörden
wurden heute die hiesigen Behörden benachrichtigt, daß
in der Dorsivstadt zwei neue Cholerafälle, von denen einer
tödlich verlaufen ist, vorgekommen sind. In den Städten
Metta, Medina, Jumbo und Abukki sind 176 neue Ertran-
kungen vorgekommen, von denen 122 tödlich verlaufen sind.

Der neue Champsojech.
Newport, 6. Jan. Die erneute Gerichtsverhandlung
gegen Thau wegen Ermordung des Baumeisters Wöhe hat
heute begonnen. Die Mordgebränge sich in den Eingängen
und auf den Korridoren des Gerichtsgebäudes, in der Hoff-
nung, Thau zu sehen, wenn er aus dem Gerichtsgelängnis
vorgeführt wird.

**Berlin, 6. Jan. Zur Ermittlung des Täters des Raub-
mordes** auf den Witwe Conrad in der Sebastianstraße
letzte der Polizeiprääsident eine Befehung von 1000 Mark
auf für diejenigen Privatpersonen, die wesentliche An-
gaben machen können. Als Täter kommt zunächst ein mit
der Verhältnissen der Frau Conrad vertrauter Mann in
Frage. Er wird geschätzt als etwa 30 Jahre alt und von
mittlerer Größe. Er trug einen braunen steifen Hut mit
gerader Krempe.

Kiel, 6. Jan. Prinz Rademacher von Preußen hat heute
in Begleitung des Hauptmanns Mühlenshoff und des Wa-
rinesfahrers Otto Hüssinger Kiel verlassen um sich nach
Napoleon zu begeben.

Frankfurt a. M., 6. Jan. Auf Grund einer Denunziation
hatte der Reichsgerichtspräsident den Reichstag um die
Ermächtigung einer Strafverfolgung gegen sich selbst ge-
beten und diese Ermächtigung auch erhalten. Der Reichs-
staatsanwalt des Landgerichts 1 zu Berlin hat es aber, der
„Staats. Zig.“ zufolge, nach Prüfung der Angelegenheit ab-
gelehnt, das Strafverfahren gegen Dejer einzuleiten, da nicht
der geringste Verdacht vorliege.

Rom, 6. Jan. Gegenüber den Witter-Meldungen, daß
politische Renouveau bevorstünden und daß Veränderungen
im Regierungsprogramm in Aussicht wären, erklärt die
„Tribuna“, daß diese Gerüchte nicht den Tatsachen ent-
sprechen.

Madrid, 6. Jan. Der spanische Minister der Auswärtigen
Angelegenheiten hat heute dem französischen Mini-
ster des Auswärtigen, Ribot, einen Besuch abgelehnt
hätte, indem er dem spanischen Ministerpräsidenten Maura
eine Unterredung.

Leitung Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wils-
mann; für das Buchhalten: Otto Sonne; für Provinzialnach-
richten: Albert Verling; für den lokalen Teil: Eugen
Reinmann; für den Handelsteil: Fritz Mann; für Gericht,
Sport und Bermischtes: Hermann Schick; für den Fremden-
teil: Max Ruchelberg; Druck und Verlag von Otto Dunkel,
Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfasst 8 Seiten —
(einschließlich „Unterhaltungsblatt“).

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Berliner Börse hatte nach der erregten Stimmung, die am Sonnabend die Bekanntgabe der neuen preussischen Anleihe-Emission hervorgerufen hatte, gestern bei Eröffnung des neuen Geschäftstages wieder ihr frühes ruhiges Aussehen angenommen. Das Geschäft in den deutschen und preussischen Anleihen zeigte ein ruhigeres Aussehen, und die Beurteilung, die man der erwähnten Finanztransaktion gestern angeheiden liess, trat einen besonnenen und abgeklärteren Charakter, als dies unter dem unmittelbaren Eindruck der erwähnten Erregung der Fall gewesen wäre. Am Bankmarkt waren nach dem morgigen Aufschwung der Kurse der älteren deutschen und preussischen Anleihen anfangs fortgesetzt, und es verlaute auch, dass seitens der Seehandlung grössere Interventionskäufe vorgenommen wurden. Im späteren Verlauf behaupteten sich allerdings die höchsten Tageskurse nicht vollständig. Was die Gesamtlage des Marktes angeht, so konnte man von einem festen Grundstimmung reden, die auch auf mehreren Gebieten Preisbesserungen verzeichnen liess. Die ziemlich feste Haltung der New Yorker Wochenschlussbörse und namentlich der weiter merklich gebesserte Answels der New Yorker Banken gestattete freundliche Rückschlüsse auf die kleine Bourse, die die Mitteilungen in der Essener Zechenbesterversammlung wurden im wesentlichen günstig beurteilt, wiewohl auch dort von dem verminderten Koksverbrauch — eine Erscheinung, die im Einklang steht mit der nicht mehr auf der Höhe befindlichen Geschäftslage der Eisenindustrie — Mitteilungen gemacht wurden. Am Bankmarkt wurden Meridionalbank 4 Proz. hoch, dagegen stiegen Warschau-Wiener im Verlauf des Prozes. Hauptkaupt. Am Italienermarkt gab eine Anzahl sonst in Betracht kommende Werte überhaupt nicht umgesetzt. Im übrigen war die Tendenz recht fest und im weiteren Verlauf zogen die betr. Werte weiter an. Bochumer 1 1/4, Phönix 1 Proz., Gelsenkirchener 2 Proz. höher, Schiffahrtskurs in guter Haltung bei stillem Geschäft. Von Rentenwerten E.-G. im freien Verkehr 2 1/2 Proz. anziehen. Ausländische Renten ruhig und fast unverändert. Deutsche Anleihen nicht einheitlich: 3 Proz. bis 0,20 Proz. höher, 3 1/2 Proz. dagegen bis 0,40 Proz. abgeschwächt. Deutsche Prioritäten niedriger. Kassamarkt fast durchweg höher. Tausend c. 6. d. M. Privatdiskont 7/8 Proz., niedriger, 3 1/2 Proz.

Börsenszene. Vom 7. d. M. ab versteht sich die Notiz für die Aktien der Berlin-Ridersdorfer Futurfabrik i. L. nur für solche Stücke, auf welche weitere 50 Mk. im ganzen 200 Mk. zurückgezahlt sind. — Vom 8. d. M. versteht sich die Notiz für Berliner Hypothekbank 3. Pfandbriefe nur für solche Stücke, welche mit dem Stempelplauder versehen sind, dass 6 1/2 Proz. des Kapitals in Aktien angesetzt ist.

Die neue preussische Staatsschuldverschuldung und die Reichsbank. Bei der Beurteilung dieser neuen Emission wird in der Öffentlichkeit vielfach auf den noch immer bestehenden hohen offiziellen Geldheissatz und auf die 7 1/2 Proz. Diskonrate der Reichsbank hingewiesen, der gegenüber die 4 Proz. Anleihepapiere augenblicklich wenig Verkehr besitzen möchten. Es ist aber dabei zu berücksichtigen, dass die neue Staatsschuldverschuldung sich keineswegs aus dem geldbedürftigen Geschäftspublikum wendet, sondern die Kapitalistenkreise im Auge hat, die anfangs Januar über flüssige Geköde verfügen, mit deren dazuerlösender Anlage zu einem höheren als von den bisherigen deutschen Anleihen zu einem sich, ganz abgesehen von den augenblicklichen Verhältnissen, das Einkommen der Investoren erklären können. Es ist übrigens unseres Erachtens nicht unwahrscheinlich, dass die Reichsbank noch vor dem Zeichnungsabschluss der neuen preussischen Anleihe an eine Herabsetzung ihrer 7 1/2 Proz. Diskonrate herantreten dürfte.

Versicherungs-Aktien. Deutsche Feuer-V. Berlin 1050 G. Frankfurt 1100 G. Glas 1500 G. Leipziger 1000 G. Magdeburger 1000 G. Rückvers-Ges. 1010 B. Schles. Feuer-V. 1520 B. Securitas 405 G. Thuringia, Erfurt 4060 B.

Halescher Bankverein von Kullsch, Kaempf & Co. in Halle a. S. Auf der Tagesordnung der zum 24. Januar einberufenen Generalversammlung stehen folgende Anträge: Erhöhung des Gesellschaftskapitals um 1500000 Mark mit Dividendenrücklegung vom 1. Januar 1907 an. Diese 1500000 Mk. neuen Aktien sollen als teilweise Kaufpreisleistung gezahlt werden, und die Liquidationskasse der Gewerbank zu Gera, e. G. m. b. H. zu erwerben. Bei Abänderung des § 3 des Gesellschaftsvertrages.

Hauptpflicht der Auskunfterei für Krediterschädigung. Eine Auskunfterei zu Köln reichte wegen einer unkorrekten Auskunfterei, die sie über eine angelegene Firma teilt hatte, in Differenzen mit der betreffenden Firma Beschwerde ein. Die Auskunfterei verlor die Sache. Dadurch fand sich später die Auskunfterei veranlasst, in einem anderen Falle eine einseitige Auskunfterei über die betreffende Firma mit folgenden Worten abzulehnen: „Wir bedauern, die Erteilung einer Auskunfterei in dem vorliegenden Falle ablehnen zu müssen. Die Ablehnung der Auskunfterei in dieser Form beruht auf dem Einwand, dass die Auskunfterei in dem Sinne aufgefasst, als sei die Firma nicht kreditwürdig. Er ging deshalb eine Geschäftsverbindung mit ihr nicht ein. Die betreffende Firma verklagte hierauf die Auskunfterei auf Schadenersatz. Die zwölftes Zivilkammer des Kölner Landgerichts sah in einer jetzt rechtskräftig gewordenen Entscheidung der Klage statt und liess sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten. Die Ablehnung der Auskunfterei seitens der Beklagten, der von dieser gewählten Form kann nur folgendermassen aufgefasst werden: Die Ablehnung der Auskunfterei war im vorliegenden Falle nicht gerechtfertigt, weil die Klägerin der Beklagten ihre Bücher und Bilanzen vorgelegt hatte, und sich hieraus die Kreditwürdigkeit der Klägerin ergab. Da Beklagte mithin die Klägerin in ihrem Kredit geschädigt hat, ist sie der Klage in dem § 24 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der den Kredit, Erwerb und Fortkommen eines anderen schützt, schadenersatzpflichtig.“

Die Krise in Chile. Zu den vielfachen Auslassungen, die in letzter Zeit über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Chile erteilt, wird der „E. Ztg.“ das Schreiben einer Firma in Santiago de Chile mitgeteilt, das die gegenwärtige Verfügung gestellt, das sich, im allgemeinen übereinstimmend mit den bisherigen Ausführungen, dahin ausspricht, dass der scharfe Rückgang des chilenischen Wechselkurses in erster Linie auf das Missverhältnis zwischen der grossen Einfuhr und der Ausfuhr zurückzuführen ist, das sich nach dem Erbrechen im vorigen Jahre herausgestellt hat. Diese starke Einfuhrbewegung habe ausserdem eine Ueberfüllung der Eisenanlagen herbeigeführt, die ebenfalls die Krisen verschärft. Als Folge des ansehnlichen Einfuhrüberschusses hat sich in Chile eine starke Nachfrage nach Wechseln aus das Ausland eingestellt, was naturgemäss zur Entwertung der heimischen Valuta beitrug. Dazu kam der rasche Kurssturz des Kupfers, das bekanntlich im vorigen Jahre in Chile ein wichtiges Exportprodukt bildet. Auch habe die Geldpressung in Deutschland und in den Vereinigten Staaten auf die Verhältnisse in Chile insofern zurückgewirkt, als ein grosser Teil der von diesen Ländern in Chile angelegten Gelder zurückgezogen wurde. Der Bericht spricht die Anschauung aus, dass es im Augenblick für Chile kein Heilmittel auf der Hand liegt. Die materiellen Schwierigkeiten wurden durch eine weisse Sparmassnahmen, welche wiederum in normale Bahnen gelangen. Eine grosse Zahl von Häusern hat bereits, und bis dies noch auf Luxusartikel bezügliche Be-

stellungen in Europa annulliert; einzig diejenigen Firmen in Chile, die sich mit dem Verkauf von Artikeln, die zur Lebenshaltung unbedingt notwendig sind, befassen, gehen aus der Krise schadlos hervor. Dem Gedanken, einen Teil der in Europa deponierten und für die Papiergeldkonversion in 1910 bestimmten Goldbestände, die demgegenüber widerspricht das Rumschreiben, da dies nur eine künstliche Besserung herbeiführen könne. Die berichtete Firma ist der Meinung, dass in sechs bis sieben Monaten, einmal durch die in allen Schichten der Bevölkerung zu beobachtende Zurückhaltung zwecks Beschränkung der Einfuhr, und dann durch die Liquidation der Versicherungspolizen von Valparaiso, eine Besserung der Verhältnisse Platz greifen werden.

Elektrizitäts-Akt.-Ges. vom. Schuckert & Co., in Nürnberg. Ueber den Verlauf der Generalversammlung wird folgendes geschrieben: Während von einem Aktionär die Herabsetzung der Dividende um 1 Proz. zwecks Tilgung der Bankschuld gewünscht wurde, äusserte ein andere Aktionär den Wunsch auf Ausschüttung einer höheren Dividende, als vorgeschlagen. Von der Verwaltung wurde zugegeben, dass die Bilanz vollständig aufgestellt worden sei. Das sei aber bei den jetzigen Verhältnissen gegeben. Wenn ein Rückgang der Konjunktur eintrete, könne man froh sein, eine vorsichtige Bilanzierung geschaffen zu haben. Ausserdem sei die Gesellschaft schon jetzt mit einer hohen Bankschuld belastet, deren Verringerung bei den jetzigen Marktverhältnissen das Gewinn- und Verlustkonto schon erheblich in Anspruch nehme. Es sei daher bei der Dividendendebatte der Verwaltung auch der Gedanke massgebend gewesen, die Bankschulden nicht noch zu vermehren. Man werde später an deren Konsolidierung zu denken haben. Das Delkrederkonto der Verwaltung sei im Bilanz der Schuckert-Gesellschaft (7,5 Millionen Mark) sei nur deren früherer Reservesfond. Das Konto solle nicht dazu verwendet werden, Verluste aus dem laufenden Geschäft zu decken, sondern es sollte recht selten angegriffen werden und später wieder als Reservesfond dienen. Die Verwaltung lege Wert darauf, die Aktionäre eine stetige Dividende zu gewähren und darauf hätten sie auch inoffiziell für die Zukunft zu rechnen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Rechtsanwalt v. Maifei, gab allerdings am Schluss der Versammlung der Hoffnung Ausdruck, den Aktionären im nächsten Jahre mit einer recht hübschen Dividendenziffer entgegenkommen zu können. Ob er damit eine Erhöhung gegen den vorjährigen Prospekt für die Aktionäre nicht verweigern. Von Interesse ist jedoch, dass die Vorzugsaktien der Continentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen der Schuckert-Gesellschaft mit 85 Proz. zu Buch stehen. Die Generalversammlung genehmigte hierauf die Tagesordnung und setzte die Dividende auf 5 Proz. fest.

Frachtmässigung für Kalksee. Der Bezirksbahnbauamt für die Frachtmässigung Kalksee und Münster d. am 8. Jan. in Hannover sess. 53. Sitzung abhielt, wird auch eine Frage zu beraten haben, die für die Kalkindustrie von der grössten Bedeutung ist. Das Mitglied Seilly Meyerstein (Alkaliwerke Ronnenberg) hat den Antrag gestellt, es möge erwogen werden, ob genereller Frachtmässigungen für Eisenladung und Eisenbahnwagen für eine Entfernung von 100 km im Umkreise der Versandstation gewährt werden können, wenn die Versendungen in geschlossenen Extrazügen von mindestens 300 Tonnen erfolgen.

Alkaliwerke Ronnenberg, Aktiengesellschaft, Hannover. Am Kuxenmarkt kursierten in jüngster Zeit Gerichte, wonach Verhandlungen zwischen den Alkaliwerken Ronnenberg und der Gewerkschaft der Deutschen in der Schwebe sein sollten. Wie von massgebender Seite versichert wird, entstehen diese Kombinationen ihrer Grundlage. Dagegen sind seit geheimer Zeit Verhandlungen im Gange, um die Schächte der beiden benachbarten Unternehmungen durchschlägig zu verbinden. Die Kosten dieses Verfahrens würden sich auf etwa 300000 Mk. belaufen, während der Bau eines zweiten Schachtes sich wesentlich teurer — man veranschlagt die Kosten auf etwa 800000 Mk. — stellen dürfte.

Vom englischen Eisenmarkt. Aus Middlesborough wird unter dem 4. d. M. geschrieben: Das neue Jahre begannen die Rohisenpreise in ruhiger, aber ziemlich fester Haltung. Die gegenwärtigen Preise sind für G. M. B. Marken ab Werk Gieslerei in Nr. 1 52 sh. 6 d. bis 53 sh. Nr. 3 48 sh. 9 d. bis 49 sh. für Januar. Für Frühjahr bieten Käufer verschieblich 48 sh. dagegen werden 48 sh. 6 d. von Abgbergen gefordert. Hiesiger Hemditt in gleichen Quantitäten 1, 2 und 3 bedingt 60 sh. bis 60 sh. 6 d. netto Kasse. Für Lieferung in 4 bis 5 Monaten. Hiesige Nr. 3 Warrants sind zu 48 sh. 4 1/2 d. gesucht. In hiesigem Lager befinden sich 88283 Tonnen.

Die Vetschauer landwirtschaftliche Maschinenfabrik und Eisengieslerei A. Lehnig Akt.-Ges. erzielte im 1906/07 einen Warenerfolg von 90833 Mk. gegen 96016 Mk. im Vorjahre, und dies bei einem — laut Ger. Sektorsbericht — um ca. 50 Proz. gegen das Vorjahr gestiegenen Absatz. Auf Delkrederer gingen 23 248 (1785) Mk. ein. Nach Abschreibungen in Höhe von 93372 (i. V. 127259) Mk. — davon entfallen 20000 (33135) Mk. auf Debitoren — erhöht sich die Unterbilanz von 997944 Mk. auf 271985 Mk. bei einem Aktienkapital von 223000 Mk. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: „Der Hauptgrund der Abnahme dieses Berichtes vorliegende Auftragsbestand ist ganz wesentlich höher als zur gleichen Zeit im Vorjahre (er übersteigt das Fünftfache desselben), zudem sind grössere Geschäfte in Aussicht und dem Abschluss nahe, so dass angenommen werden darf, dass das Werk wieder mit der Zeit in dem Umfange beschäftigt werden könnte, wie im Jahre 1905/06. Der Hauptgrund eine Grossproduktion zugeschnittene Anlage gewinnbringend auszunutzen. Die Bilanz ergibt aber weiteres, dass die Gesellschaft entweder auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt werden oder in Liquidation treten muss.“

Der niederländische Generalkonsul A. D. Albert de Liagre, der seit 1890 dem Aufsichtsrat der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt angehört und seit nahezu zwei Jahren als Vorsitzender in letzterem amtierend, ist am 29. d. M. in Amsterdam gestorben. Auch an zahlreichen industriellen Unternehmungen war der Dahingeschiedene beteiligt. So war er v. a. Vorsitzender im Aufsichtsrat der Leipziger Gummiwarenfabrik vorm. Marx, Heine & Co., stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Chromopapier- und Kartonfabrik vorm. G. Nalorik in Leipzig-Plagwitz und Leiter des im Jahre 1902 in Leipzig gegründeten Fabrik in Leipzig-Lindenau, der Diskontozesellschaft in Berlin und der Leipziger Baubank.

Berliner Welschbrauerei Ed. Gebhardt, Akt.-Ges. Die Brauerei hat in dem mit dem 30. September v. J. abgelaufenen Geschäftsjahre nur 39 575 Hektoliter (48 199 Hektoliter i. V.) abgesetzt. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Bruttoerfolg von 352 559 (429 629) Mk. aus. Hiervon erforderten die Abreibungen und Abschreibungen im Jahre 1906/07 1 1/2 Linde und Gehälte 124 918 (129 740) Mk., Pferde und Wagen-Unkosten 45 581 (44 990) Mk., Hypothekenzinsen 8400 (8400) Mk., Reparaturen 16 657 (14 709) Mk., Dubiose 2108 (2627) Mk., Abschreibungen 69 607 (73 200) Mk. und Verlust an Effekten 823 (100) Mk. Aus dem hiernach mit 21 707 (92 608) Mk. verbleibenden Reingewinn reichte der Dividende pro Akt. (4 Proz.) zur Ausschüttung. Die Gründe für den Rückgang der Erträge sind: das neue Brauergesetz und die unzeitige Witterung während des letzten Sommers. Im Berichtsjahre schloss der Verein der Berliner Welschbrauereien mit den Arbeitnehmer-Organisationen Tarifverträge ab, die der Gesellschaft zwar neue Vorteile aufbrachte, aber infolge der Festschätzung der verschiedenenartigen Lohn- und Preisveränderungen die vorerwähnte erhebliche Erhöhung der Weizen- und Gerstenpreise für die Gesellschaft stark, wenn sie die Gesellschaft auch

wegen grösserer vorjähriger günstigerer Abschlüsse nicht mit ihrer ganzen Schwere trifft. Hopfen ist dagegen billiger.

Verband deutscher Herdfabrikanten. Mit dem 1. Januar kommt der bisher erhobene Teuerungsaufschlag von 5 Proz. in Wegfall. Die Ermässigung um 2 Mk. brutto für alle Herde mit Messing- und Nickelkesseln bleibt ausserdem in Kraft. Nachdem durch diesen Beschluss den Preisrückgängen der Rohstoffe in weitgehendem Masse Rechnung getragen worden ist, erwarten die Herdfabrikanten, dass von seiten der Verbraucher mit neuen Aufträgen namentlich nicht mehr zurückgehalten wird.

Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zienlienzger, Berlin, am 6. Januar 1908.
Telegraphen-Adresse: „Bahnenbank Berlin“.

	Vorrämien.		Rückprämien.	
	Januar	Februar	Januar	Februar
Lombarden ..	28 1/2 - 3/8	28 1/2 - 3/8	—	—
Francesos ..	—	—	—	—
Mittelsmeier ..	—	—	—	—
Baltimore ..	85 - 1/2	—	—	—
Canal/Pacific ..	158 1/2 - 3/8	159 1/2 - 3/8	—	—
Türken-Lose ..	145 - 1/2	—	—	—
Darussatib ..	—	—	—	—
Disc. Comp. ..	171 1/2 - 1/8	172 1/2 - 1/8	—	—
Berl. Halbsce ..	155 1/2 - 1/2	156 1/2 - 1/2	—	—
Dtsch. Bank ..	—	—	—	—
Dresdner Bank ..	—	—	—	—
Nationalbk. ..	116 1/2 - 1/8	—	—	—
Schaaffh. Trust ..	—	—	—	—
Oesterr. Cred. ..	200 1/2 - 1/8	201 1/2 - 1/8	—	—
Dynam. Trust ..	161 1/2 - 1/2	162 1/2 - 1/2	—	—
Hamb. Packot ..	117 1/2 - 1/8	—	—	—
Nordl. Lloyd ..	—	107 - 1/2	—	—
Princ. Henry ..	—	—	—	—
Gr. Berl. Strb. ..	—	—	—	—
9 1/2 Reichsanl. ..	—	82 1/2 - 1/2	—	81 1/2 - 1/2
Italien. ..	—	—	—	—
4 1/2 % Chines. ..	—	—	—	—
Spanier ..	—	—	—	—
Warsch. Wien ..	—	—	—	—
Ungar. Kron. ..	—	—	—	—
Russen v. 1902 ..	81 - 1/4	81 1/2 - 1/4	—	—

Vorrämie per März: Diskont 173 - 2 1/2, Deutsche 21 1/2 - 2 1/2, Canada 161 - 4 1/2, Reichsanleihe 82 - 1/2, Prince Henri 12 1/2 - 1/2.

Waren und Produkte.

Getreide.
Berliner Produktensbörse 6. Jan. Am Frühmarkt notiert Weizen im 220-230er Roggen im 208-210er. Hafer, märkischer, mecklenburger, pommeroder, preuss., pössener u. schlesischer fein 178-182, mittel 172-177, gering 166-171, russischer mittel u. gering 171-176, Mais, runder 160-166-167, erster, inländischer mittel 173-175, Weizenklein 12-15, 12-15, Roggenklein 14 1/2 - 15, (Alles frei Bahn).
Hamburg, 6. Jan. Weizen fest, Mecklenburger und Ostholsteiner 210-220, Roggen fest, Mecklenburger und Altmarkter 192-206, russ. er. 9 Pad. 1015 168,50, Gerste ruhig, südruss. er. 183,50, Hafer fest, Holsteiner und Mecklenburger 167-176, Mais fest, America mixed er. 122,00, La Plata er. 119,50.

Pest, 6. Jan. Weizen willig, per April 12,92 Gd., 12,93 Br. per Mai — Gd., — Br., per Oktober 10,57 Gd., 10,58 Br. Roggen per April 11,40 Gd., 11,40 Br., per Mai — Gd., — Br., per Oktober 9,33 Gd., 9,34 Br. Hafer per April 8,36 Gd., 8,37 Br., per Mai 7,11 Gd., 7,13 Br., per Oktober — Gd., — Br., Mais per August — Gd., — Br., per Mai 7,29 Gd., 7,30 Br. Raps per August 16,70 Gd., 16,80 Br.

Zucker.
Hamburg, 6. Jan. Rohrohrzucker, i. Produkt, Basis 88 1/2, Rendement neue Usanos, frei an Bord Hamburg, abends

	vorm. nachm.	abends
per März ..	18,85	18,85 Mk.
„ April ..	20,40	20,40
„ Mai ..	20,75	20,75
„ August ..	21,05	21,05
„ Oktober ..	19,65	19,65
„ Dezember ..	19,55	19,55

stetig ruhig matt

Kaffee.
Hamburg, 6. Jan. Good average Santos per März 41 1/2, per April 41 1/2, per Mai 41 1/2, per Juni 41 1/2, per Juli 41 1/2, per August 41 1/2, per September 41 1/2, per Oktober 41 1/2, per November 41 1/2, per Dezember 41 1/2.

Bremen, 6. Jan. Kaffee behauptet.
Havre, 6. Jan. Kaffee good average Santos per März 41 1/2, per April 41 1/2, per Mai 41 1/2, per Juni 41 1/2, per Juli 41 1/2, per August 41 1/2, per September 41 1/2, per Oktober 41 1/2, per November 41 1/2, per Dezember 41 1/2.

Nordhausen, 6. Jan. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105-106 l.) 6,50-6,750 Mk., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106-107 l.) 7,425-7,525 Mk. für loco-Lieferung ohne Fass ab Brenneri.

Hamburg, 6. Jan. Spiritus fest, per Jan. 31 1/2 Gd., per Jan.-Febr. 31 1/2 Gd., per Febr.-März 31 1/2 Gd.

Petroleum.
Hamburg, 6. Jan. Petroleum fest Standard white loko 7,50, Doppelmarke 44.

Kartoffelmehl und Stärke.
Berlin, 6. Jan. Kartoffelmehl und -Stärke 24,00-24,50, Feuchte Stärke 14,20.
Magdeburg, 6. Januar. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,90.

Wolle.
Bremen, 6. Jan. Baumwolle still. Upland loko middl. 88 1/2, Ufg. Metallo.

London, 6. Jan. Silber 25 1/2.
Glasgow, 6. Jan. (Mittag) Rohseisen stramm, Middlesbrough warrants 48/9.

Wasserstände.

	Saufe und Entsur.		Fall/Wuchs	
	Jan.	Jan.	Jan.	Jan.
Nebra, Op.	+2,0	+2,0	—	—
Up.	+1,5	+1,5	—	—
Weissenfels, Op.	+2,4	+2,4	—	—
Up.	+1,1	+1,1	—	—
Trotha	+1,7	+1,7	—	—
Ailsleben, Op.	+2,4	+2,4	—	—
Up.	+1,5	+1,5	—	—
Bernburg	+0,8	+0,7	—	—
Kalbe, p.	+1,4	+1,4	—	—
Up.	+0,3	+0,3	—	—

boldan, Isar. Eger. Elbe.

	Saufe und Entsur.		Fall/Wuchs	
	Jan.	Jan.	Jan.	Jan.
Budweis	+2,0	+2,0	—	—
Prag	+1,3	+1,3	—	—
ungbunzl.	+0,2	+0,2	—	—
Laua	+0,1	+0,1	—	—
Pardubitz	+0,6	+0,6	—	—
Erandsitz	+0,7	+0,7	—	—
Welaik	+0,5	+0,5	—	—
Leitmeritz	+0,3	+0,3	—	—
Dresden	+0,3	+0,3	—	—
Ansitz	+1,8	+1,8	—	—